

[Transcript] Thema des Tages / Muss uns der Staat bald alles verraten?

Ich bin Tobias Holub, das ist Thema des Tages, der Nachrichten-Podcast vom Standard. Der moderne Staat ist da, er ist jedenfalls zum Greifen nah. Stellen Sie sich vor, die ÖVP-Affäre rund um Inseratenkorruption wäre schon aufgedeckt worden, als Sebastian Kurz noch nicht mal Bundeskanzler war. Nicht nur Österreichs Politik sehe er heute wohl ganz anders aus. Möglich wäre das gewesen, wenn es in Österreich nicht ein Strich des Amtsgeheimnis gebe. Doch dieses Amtsgeheimnis könnte jetzt fallen, und zwar durch ein neues Informationsfreiheitsgesetz, auf das sich ÖVP und Grüne geeinigt haben. Es ist für die Republik Österreich ein monumentaler Kulturwechsel, in Wahrheit eine Transparenzrevolution. Wir schauen uns heute an, welche Geheimnisse dadurch bald herauskommen könnten, und wann Österreich seine Infofreiheit bekommt. Sebastian Fellner, du hast für den Standard heute eine sehr wichtige Pressekonferenz besucht von den MinisterInnen, Werner Kogler und Caroline Edstadler, in dem es um ein sehr einflussreiches Gesetz mit einem sehr sperrigen Namen geht. Aber tatsächlich, das Amtsgeheimnis wird abgeschafft, das Grundrecht auf Informationsfreiheit kommt. Ein Informationsfreiheitsgesetz. Sebastian, warum sollte mich das interessieren? Weil du in diesem Staat regiert wirst. Das Konzept unseres Staates und die meisten anderen demokratischen Staaten ist, dass die Bürgerinnen und Bürger ein Stück ihrer Freiheit und ein Stück ihres Geldes abgeben, quasi eine staatliche Organisation zu genießen und dadurch Sicherheit zu bekommen. Und der Kern der Informationsfreiheit ist, dass, wenn der Staat eine Information hat, dass auch du diese bekommen sollst, wenn du sie haben willst. Also, dass ich quasi herausfinden kann, was sich dahinter den Kulissen abspielt. Und das ist jetzt, so wie ich das verstanden habe, oft nicht so, weil es ein sogenanntes Amtsgeheimnis gibt, oder? Genau, in Österreich herrscht das Amtsgeheimnis, es steht im Verfassungsrang. Das ist ein Gesetz aus der Monarchie und es funktioniert auch genauso. Nach rund 100 Jahren wollen wir das Amtsgeheimnis abschaffen. Der Kaiser wollte nicht, dass seine Untertanen in die Schublade schauen können, was er dafür Dokumenten drin hat, aber ein moderner Staat sollte halt anders funktionieren. Das Amtsgeheimnis hatte damals den Sinn, die Mächtigen zu schützen. Auch jetzt herrscht es noch in dem Sinn, vor allem, dass es eine kulturelle Sache innerhalb der Behörden ist, dieses, naja, was interessiert sie das überhaupt und warum fragt er mich das und warum sollte man ihm das geben? Das ist die Form des Amtsgeheimnisses, die jetzt unabhängig vom Gesetzestext sehr stark in Österreich noch wirkt. Das heißt, es gibt in anderen Ländern nicht in dem gleichen Ausmaß? Österreich ist das letzte Land in der Europäischen Union, dass das Amtsgeheimnis noch im Verfassungsrang stehen hat. Andere Länder sind uns da weit voraus.

[Transcript] Thema des Tages / Muss uns der Staat bald alles verraten?

Ich denke an Slowenien, Großbritannien oder auch Schweden.

Da ist es ganz selbstverständlich, dass Bürgerinnen und Bürger Zugang zu staatlichen Informationen haben.

Da wird Transparenz tatsächlich in weiten Teilen der Verwaltung gelebt, während es in Österreich dann auch sehr große Geheimniskrimerei gibt.

Und das soll sich jetzt aber bald ändern mit einem neuen Informationsfreiheitsgesetz, richtig?

Das ist der Plan der Regierung.

Das ist zum einen die proaktive Informationserteilung, nämlich Informationen, die von allgemeinen Interessen sind, müssen proaktiv zugänglich gemacht werden.

Und zum zweiten die passive Informationspflicht.

Das heißt, Aufanfrage von Bürgerinnen und Bürgern.

Dieses Gesetz ist natürlich auch nur ein Gesetzestext, der dann am Ende mit Leben gefühlt werden muss.

Das ist auch der große Test für die österreichische Verwaltung dann, ob ein neues Gesetz und ein Grundrecht auf Information, das geplant ist, dann tatsächlich so gelebt wird, dass die Leute was davon haben.

Wir schauen uns am besten einfach ein paar konkrete Beispiele an, damit wir das besser verstehen können.

Und ein ganz konkretes Beispiel ist mir diese Woche aufgefallen.

Da haben wir den Podcast aufgenommen über diese heimlichen U-Ausschusspläne, die die ÖVP gegen ganz viele andere Parteien gehabt hat.

Und da haben ganz viele Kollegen von uns und Kolleginnen mir im Gespräch gesagt, diese Missstände, die es dabei anderen Parteien gegeben haben könnte, ob es vielleicht zum Beispiel Umfragenkorruption gegeben hat, bei der SPÖ war das Beispiel, die hätte es vielleicht nicht gegeben mit einem Informationsfreiheitsgesetz.

Wie ist das gemeint? Warum hätte es die da nicht gegeben?

Es ist so, dass Transparenz präventiv gegen Korruption wirkt.

Wann immer jemand quasi in Versuchung geführt wird oder in Versuchung ist, irgendwie krumme Dinge zu drehen in der öffentlichen Verwaltung,

wird er sich sehr gut überlegen, ob er das macht und wie groß das Risiko ist, dass er erwischt wird.

Je mehr Transparenz herrscht, desto größer ist das Risiko, dass er erwischt wird.

Es geht bei diesen Umfragen- und Inseratendils um Geschäfte der öffentlichen Hand, um Dokumente und Aufträge, die Ministerien und anderen Behörden vorhanden sind.

Und mit einem Informationsfreiheitsgesetz, das gut funktioniert, kann man solche Dinge anfragen.

Und wenn das quasi eine gelebte Praxis ist

und wenn das tatsächlich passiert,

dass Leute Dinge wissen wollen und sich mal erkundigen,

welche Studien hat zum Beispiel das Bundeskanzler an den Auftrag gegeben

[Transcript] Thema des Tages / Muss uns der Staat bald alles verraten?

und wer hat das bezahlt, dann senkt das das Risiko,
dass Dinge mit öffentlichen Mitteln getan werden, die nicht passieren sollten.
Und genau solche Dinge sind ja auch besprochen worden
in diesem einen großen Untersuchungsausschuss,
den es wirklich gegeben hat, dem ÖVP Korruptions-Untersuchungsausschuss,
kann man dann quasi sagen, dass es diese große Umfragen- und Inseratenaffäre
bei der ÖVP, die ja das Land sehr bewegt hat in den letzten Jahren,
vielleicht auch nicht gegeben hätte,
wenn es so ein Informationsfreiheitsgesetz schon viel früher gegeben hätte?
Das ist eine was-wäre-Wenn-Frage, die naturgemäß sehr schwierig ist.
Zur Erinnerung, es ging bei dieser Inseraten-Umfrage-Affäre
darum, dass das Finanzministerium Studien in Auftrag gegeben hat,
wo der Verdacht besteht, dass diese nicht den Finanzministerium
der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nutzen,
sondern dem damaligen Außenminister Sebastian Kurz.
Diese Studien waren lange vorhanden, sind aber die längste Zeit nicht öffentlich geworden
und erst nach einem längeren Kampf mit dem Finanzministerium.
Und wenn es quasi logisch wäre, dass die irgendwann rauskommen
oder relativ bald rauskommen und sich der Verdacht bestätigt,
was nicht mit recht Dingen zugegangen ist,
hätten sich die Beteiligten sicher zweimal überlegt, ob sie so was machen.
Und auch eine komplette was-wäre-Wenn-Überlegung,
aber das heißt, wenn diese Infos über diese Umfragen früher rausgekommen wären,
hätte das vielleicht auch die öffentliche Meinung beeinflusst
und dann wäre Sebastian Kurz vielleicht gar nicht Bundeskanzler geworden,
unter Umständen.
Unter Umständen, ich meine, hätten wir in den 90ern schon
ein Informationsfreiheitsgesetz gehabt,
wären vielleicht ganz andere Dinge passiert
und wir hätten eine ganz ganz andere Regierung
oder ganz andere Probleme jetzt.
Das ist wirklich schwer zu sagen, aber was unbesprochen ist,
ist die Präventivwirkung von Dingen wie Informationsfreiheitsgesetzen
und anderen Transparenzregeln.
Leute drehen weniger krumme Dinge,
wenn sie Angst haben müssen, erwischt zu werden.
Wir sind gleich zurück.
Was ich nicht nachvollziehen kann, ist,
warum an jedem Unrecht immer ich Schuld sein soll.
Ein Korruptionskandal jagt den anderen.
Österreich hat in den letzten 30 Jahren viel über Klimaschutz gesprochen,
aber zu wenig getan.
Die Politik verschläft die Klimakrise.
Die Behörden haben alles richtig gemacht.

[Transcript] Thema des Tages / Muss uns der Staat bald alles verraten?

Fehler vergisst man, statt daraus zu lernen.

So sind wir nicht.

So ist Österreich einfach nicht.

Aber wie ist Österreich dann?

Das wollen wir bei Inside Austria herausfinden.

Wir blicken auf die großen österreichischen Skandale.

Von Ibiza bis Ischgl.

Wir wollen wissen, wer dafür in der Politik die Verantwortung trägt.

Und wir schauen genau hin, wo Österreich über seine Grenzen hinaus mitmischt.

Vom Wirecard-Skandal bis zum Ukraine-Krieg.

Das ist Inside Austria von Standard und Spiegel.

Jeden Samstag eine neue Folge überall, wo es Podcast gibt.

Sebastian, was gibt es sonst noch für Skandale in Österreich, die man mit so einem Informationsfreiheitsgesetz verhindern kann?

Ein klassischer Fall ist die Affäre um die RM-Prol-Privatstiftung.

Der damalige Landeshauptmann von Niederösterreich

hat sich über Jahre relativ viel Geld in seine eigene Privatstiftung,

die einen bestimmten Zweck hatte zur Förderung des endlichen Lebens.

Sobald ich mich erinnere, hat das Fördern lassen vom Land Niederösterreich per Beschluss der Landesregierung, der damals allerdings noch geheim war.

Das ist dann nur doch ein Whistleblower, der das in Wahrheit illegal rausgespielt hat, bekannt geworden.

Und in weiterer Folge hat Niederösterreich sich dann ein bisschen getränkt gefühlt, seine Landesregierungsbeschlüsse nicht mehr geheim zu halten und zu veröffentlichen.

Wäre das von Anfang an so gewesen, dass diese Beschlüsse öffentlich sind

und bekannt gegeben wird, wer wie viel Förderung kriegt in Niederösterreich,

kann ich mir auch vorstellen, dass das zum Beispiel nicht passiert oder jedenfalls nicht zu lange passiert wäre.

Sebastian, wenn ich mehr darüber weiß, was im Staat, in Bundesländern,

in Gemeinden hinter den Kulissen sich abspielt, dann klingt das noch etwas sehr positivem für mich.

Was spricht gegen so ein Gesetz? Warum gibt es das nicht schon?

Tatsächlich haben schon viele Regierungen versucht,

oder zumindest versucht den Anschein zu erwecken, zu versuchen, so ein Gesetz umzusetzen.

Es hat dann aber immer Widerstände gegeben. Es liegt ein bisschen in der Natur der Sache, dass die Politik, die die Macht hat, diese Macht ungern einschränkt.

Und es ist eine Einschränkung von Macht, wenn du deinen Bürgerinnen und Bürger gegenüber transparent sein musst.

Die größten Widerstände gegen diese Einigung jetzt gab es innerhalb der ÖVP,

aber auch von SBO-Seiter, wenn wir an die Bundesländer denken,

Bundesländer und Gemeinden und Städte haben wirklich sehr lange und heftig gegen dieses Gesetz opponiert.

Die offizielle Erklärung ist, dass sie Sorge haben vor einem überbordenden Verwaltungsaufwand, mit dem Beispiel eine kleine Gemeinde, bekommt eine Anfrage von einem Bürger und muss dann überlegen,

[Transcript] Thema des Tages / Muss uns der Staat bald alles verraten?

okay, darf ich ihm diesen Akt jetzt geben oder muss ich ihm einen Akt geben, weil es die Informationsfreiheit gibt oder darf ich ihn nicht geben, weil zum Beispiel einen Datenschutzgrund dagegen spricht. Da haben die Gemeinden gesagt, das würde kleine Gemeinden schnell überfordern und überlasten. Tatsächlich ist es aber natürlich so, dass diese Kultur der Intransparenz, die ich vorher angesprochen habe, in ganz, ganz vielen öffentlichen Stellen so stark vorhanden ist, dass dieses Informationsfreiheitsgesetz eigentlich ein worst case-Szenare für sie ist, weil sie plötzlich ihr ganzes Denken umstellen müssen. Jeder Bürger, jede Bürgerin kann bei jeder Gemeinde, egal welcher Größe, auch Informationen abfragen. Allerdings müssen nur Gemeinden über 5.000 Einwohner tatsächlich proaktiv diese Informationen auch zur Verfügung stellen. Offensichtlich sind da deswegen auch ein paar extra Maßnahmen eingebaut worden, um kleine Gemeinden zu schonen. Aber Sebastian, die, die da jetzt tatsächlich die Macht haben, so ein Gesetz einzuführen, das ist eben die schwarz-grüne Bundesregierung. Und die hat, wenn ich mich reich erinnere, schon vor längerer Zeit so ein Informationsfreiheitsgesetz versprochen. Warum hat das jetzt so lange gedauert und warum ist es gerade jetzt gekommen? Verfassungsministerin Karolina Edstadler, die für dieses Gesetz verantwortlich zeichnet, hat heute bei der Pressekonferenz gesagt, gut Ding will Weile haben. Es hat sehr lange Weile gehabt, nicht lange Weile, sondern es hat sehr lange gebraucht. Tatsächlich haben sich über B&Grüne schon im Regierungsprogramm, das sie im Jahr 2019 ausverhandelt haben, sehr detailreiche Pläne für dieses Informationsfreiheitsgesetz baktiert gehabt. Dann waren sie sich 2020 schon im Sommer untereinander eigentlich einig. Dann haben aber Länder und Gemeinden gesagt, oha, so geht das nicht. Und dann musste dann noch mal ein Jahr nachverhandelt werden. Und dann haben sie schon eigentlich einen fertigen Entwurf präsentiert und in Begutachtung geschickt. Und nach dieser Begutachtung wurde dann noch mal weiter verhandelt, um Gemeinden und Länder und im Kern natürlich die ÖVP selbst davon zu überzeugen. Das hat bis jetzt gedauert. Mir wurde gesagt, Dinge passieren einfach, wenn sie passieren von Leuten, die mitverhandelt haben. Es gibt keinen bestimmten Grund, warum das jetzt passiert ist. Es ist aber natürlich so, dass die Bundesregierung gerade massiv unter Druck steht, weil in der öffentlichen Wahrnehmung zumindest der Eindruck entsteht, dass sehr wenig weitergeht und immer wieder die Frage aufgeworfen wird, zahlt es sich überhaupt noch aus, bis zum regulären Ende der Legislaturperiode weiter zu regieren, wenn sie dann eh nichts auf die Reihe bekommen. Ich glaube schon, dass da ein großer Druck da war, jetzt noch ein großes Paket jedenfalls auf den Boden zu bringen und zu präsentieren.

[Transcript] Thema des Tages / Muss uns der Staat bald alles verraten?

Wenn ich das richtig verstehe, wäre das jetzt auch so ein bisschen ein Erfolgsmoment für den kleineren Koalitionspartner, für die Grünen, die da seitlich hinter waren.

Aber Sebastian, ist das jetzt schon fix, dass das so kommt, wie jetzt der Entwurf aussieht? Wann tritt das dann in Kraft?

Also fix ist noch gar nichts, denn dieses Gesetz beinhaltet zahlreiche Verfassungsmaterien und für eine Änderung der Verfassung braucht es im Nationalrat eine Zertrittelmehrheit. Das heißt, ÖVP und Grünen brauchen entweder die Stimmen der freiheitlichen Abgeordneten oder die der sozialdemokratischen Abgeordneten.

Die Freiheitlichen haben eigentlich schon signalisiert, dass sie das nicht wirklich interessiert. Die SPÖ sagt, sie möchten das schon, auch wenn rote Städte und rote Länder da deutlich skeptischer sind.

Und jetzt muss die Bundesregierung, wo sie sich intern einig geworden ist, also noch im Parlament weiterverhandeln, damit sie die notwendigen Stimmen zusammenkommen. Sollte diese Einigung mit wahrscheinlich der SPÖ gelingen und das Gesetz wird beschlossen, dann dauert es immer noch eineinhalb Jahre, bis es tatsächlich wirkt.

Denn weil das so eine große Umstellung ist, haben die Koalitionsparteien quasi so was wie eine Wartefrist vereinbart im Gesetz, dass ab dem Zeitpunkt der Kundmachung oder des Beschlusses es noch eineinhalb Jahre dauert, bis das Gesetz wirksam ist.

Das heißt, realistischerweise, wenn es mit den Verhandlungen schnell geht und das Gesetz mit Anfang 2024 Kund gemacht wird, wird Mitte 2025 die gesetzlichen Bestimmungen wirksam sein.

Das heißt ein bisschen spannend bleibt es noch, ob sich da auch im Parlament noch eine unterstützende dritte Partei findet.

Aber Sebastian, man merkt schon, du kennst dich bei dem Thema sehr gut aus.

Was würdest du denn sagen? Wie historisch, wie wichtig ist so ein Infogesetz für Österreich, dass das tatsächlich in Kraft tritt?

Wenn es in Kraft tritt, ich bin immer noch vorsichtig, weil es schon sehr oft versprochen wurde und dann kurz vor der Legislaturperiode oder kurz vor Ende der Legislaturperiode dann doch nicht gekommen ist. Aber wenn es tatsächlich kommt, ist das schon ein Riesenschritt. Das ist für die Republik Österreich und gerade für die Republik Österreich ein monumentaler Kulturwechsel.

Wenn wir so wie ein historischer Paradigmenwechsel.

Das ist nicht von sich aus der große Paradigmenwechsel, da muss ich der Regierung widersprechen. Ich glaube nicht, dass dieses Gesetz allein auf einen Schlag alles verändern wird.

Denn diese Kultur wird sich nicht so schnell wandeln.

Ich glaube, da wird es einige mühsame Gerichtsprozesse brauchen, höchstgerichtliche Entscheidungen, die da klar Linien vorgeben.

Aber das ist mal so eine Richtungsentscheidung in der Republik, in Richtung Transparenz zu gehen. Und das erleichtert diesen Kampf für Transparenz ein bisschen. Aber der Kampf an sich wird den Leuten, die ihn führen, nicht erspart bleiben.

Du hast vorhin schon gesagt, die Regierung ist gerade unter Druck, große Vorhaben umzusetzen. Wenn tatsächlich jetzt das Amtsgeheimnis noch fällt, was wäre dann der nächste große Schritt,

[Transcript] Thema des Tages / Muss uns der Staat bald alles verraten?

den die Regierung noch machen könnte?

Also was schon sehr lange auf der Agenda der Regierung steht und noch immer nicht beschlossen ist,

ist das Klimaschutzgesetz sowie andere Gesetzesvorhaben in diesem Bereich

Die zweite Sache und das ist fast schon skurril, sind die nicht besetzten Posten,

die türkis-grünen nicht schafft, nachzubesetzen mit Personen,

weil sie sich einfach nicht auf diese Personen eidigen können.

Das betrifft die Spitze des Bundesverwaltungsgerichts, die Bundesfeldbewerbsbehörde,

mittlerweile auch die Generalprokuratur, die Datenschutzbehörde.

Da stehen eine ganze Reihe von wichtigen Jobs in Österreich an, die nur deshalb nicht nachbesetzt werden,

weil sich ÖVP und Grünen nicht einig werden.

Das ist, glaube ich, auch was, wo es gerade den größten Druck gibt.

Also es gibt noch einiges zu tun, aber auf jeden Fall ist jetzt mal ein Informationsfreiheitsgesetz

auf der Zielgeraden, was auch schon sehr historisch wäre, wenn es das wirklich noch schafft.

Danke dir, Silberstein-Fanat, dass du uns da heute einen so gut verständlichen Einblick gegeben hast.

Danke dir!

Wir machen jetzt dann gleich noch weiter mit unserer Meldungsübersicht.

Wir sprechen unter anderem über eine weitere junge Iranerin,

die von der dortigen Sittenpolizei schwer verletzt wurde

und darüber, ob der Energienbieter verbund bald erhöhte Strompreise zurückzahlen muss.

Wenn Ihnen diese Folge von Thema des Tages gefallen hat,

dann abonnieren Sie unseren besten, gleicher für Ihrer liebsten Podcast-Plattform,

egal ob Apple Podcasts, Spotify oder was auch sonst,

dann verpassen Sie auch keine weitere Folge mehr.

Bei der Gelegenheit freuen wir uns auch sehr über gute Bewertungen oder nette Kommentare.

Das hilft unsere Sichtbarkeit sehr. Vielen Dank dafür.

Wir sind gleich wieder da.

Und manchmal möchte man sich einfach nur ein paar Minuten bescheiden lassen.

Ich bin Schold Wilhelm.

Und ich bin Margit Ehrenhöfer.

Ab sofort bringen wir auch Highlights unserer Podcasts.

Für zwischendurch, wenn mal weniger Zeit ist.

Diese kurzen Ausschnitte nennen wir Shorts.

So wie eine kurze Hose.

Oder eine kurze Geschichte.

Okay.

Und Shorts vom Standard finden Sie jetzt überall, wo es Podcasts gibt.

Und hier ist, was Sie heute sonst noch wissen müssen.

Erstens, im Iran wurde wieder eine junge Frau in Zusammenhang mit der Sittenpolizei verletzt.

Die 16-jährige Amita Garawand liegt seit einem Vorfall mit Sittenwächtern in einer U-Bahn im Koma.

In den sozialen Medien kursiert ein Video, in dem eine junge Frau ohne Kopftuch von Einsatzkräften in die U-Bahn gestoßen wird.

[Transcript] Thema des Tages / Muss uns der Staat bald alles verraten?

Die meisten Infos über den Vorfall werden durch Aktivistinnen verbreitet, offiziell dementieren die Behörden alles.

Amita Garawand ist außerdem kurdische Abstammung, genauso wie Massa Amini, der ein Tod in Haft im vergangenen Jahr für enorme Proteste für Frauen und Menschenrechte im Iran gesorgt hat.

Zweitens, der Energianbieter-Verbund hätte im vergangenen Jahr nicht seine Strompreise erhöhen dürfen.

Das hat ein Gericht entschieden und zwar schon in zweiter Instanz.

Der Hintergrund ist eine Klausel in einem alten Verbundvertrag.

Darin steht, dass der Strompreis erhöht werden darf, wenn ein gewisser Börsenindex ansteigt.

Weil Energie im Jahr 2022 so teuer wurde, hat der Verbund davon Gebrauch gemacht.

Dagegen hat allerdings der Verein für Konsumentenschutz, kurz VKI, geklagt,

denn der Verbund wird damit seinen Strom in Österreich per Wasserkraft zu erzeugen und steigende Gaspreise am internationalen Markt hätten darauf keinen Einfluss.

Die Gerichte haben dieser Klage jetzt also schon zweimal recht gegeben

und wenn das Urteil rechtskräftig wird,

dann muss verbunden die Differenz zum erhöhten Preis an rund 400.000 GrundInnen zurückzahlen, wie der VKI meint.

Und drittens, bei den Nobelpreisen kommen gerade ja unzählige Experimente ins Scheinwerferlicht, darunter auch österreichische, aber ein besonders spannendes Paper spielt sich abseits der schwedischen Akademie ab.

Ein österreichischer Forscher hat nämlich das Schnurren von Katzen erforscht.

Warum Katzen schnurren, darüber herrscht in der Wissenschaft ein gewisser Konsens.

Sie machen das, wenn sie sich wohl und sicher fühlen.

Wie das Schnurren allerdings funktioniert, da ist man sich gar nicht so sicher.

Vor allem auch deswegen, weil die Frequenz von Schnurrgeräuschen auffallen tief ist.

Das ist eigentlich nur bei großen Tieren wie Elefanten üblich, aber nicht bei so kleinen wie Hauskatzen.

Die neue Studie hat jetzt herausgefunden, dass das Schnurrgeräusch durch spezielle Fettpolster erzeugt wird,

die sich zwischen den Stimmbändern von Katzen verstecken.

Und das Schnurren funktioniert anscheinend ganz automatisch,

also ohne dass die Katze bewusst irgendwelche Muskeln anspannen müsste.

Einmal vom Gehirn gestartet läuft das Schnurren einfach von selbst weiter.

Wie die Katze das Schnurren dann wieder stoppen kann, das konnte ich aus dem Paper zwar nicht herauslesen,

aber ich freue mich schon sehr darauf, in Zukunft noch viel mehr Forschung über dieses wichtige Thema zu sehen und zu hören.

Alles weitere zum aktuellen Weltgeschehen können Sie auf der [Standard.at](https://www.standard.at) nachlesen.

Und wenn Sie jetzt noch nicht genug von Standard-Podcasts haben, dann empfehle ich Ihnen die neue Folge unseres Schwester-Podcasts,

Besser Leben, da geht es darum, wie man gesund kochen kann und erklärt wird das von einer Ernährungsexpertin.

Besser Leben finden Sie überall, wo es Podcasts gibt.

[Transcript] Thema des Tages / Muss uns der Staat bald alles verraten?

Und dann noch ein ganz kurzer Tipp, unser neuer Podcast-Kanal Standard Shorts ist auch online. Dort geben wir ganz kurze und kompakte Antworten auf spannende Fragen, die uns beschäftigen. Falls Sie Feedback oder Anregungen für das Standard-Podcast-Team haben, dann schicken Sie die gerne an podcast-at-standard.at.

Wenn Sie die journalistische Arbeit, die wir hier beim Standard machen, unterstützen möchten, dann geht das zum Beispiel, indem Sie ein Abo abschließen.

Aktuell gibt es dafür besonders gute Konditionen, weil der Standard sein 35-jähriges Jubiläum feiert. Mehr Infos auf Abo.at, derStandard.at.

Ich bin Tobias Hodup und an dieser Folge hat außerdem Schalt Wilhelm mitgearbeitet.

Und in der gestrigen Folge habe ich vergessen, unserem Produzenten Christoph Neuwirt für die aufwendige Bearbeitung der Audiospuren zu tanken.

Also das an dieser Stelle auch noch.

Vielen Dank fürs Zuhören und bis zum nächsten Mal.

Das macht dann das Moderations-Team mit Hilfe von transparenten Community-Richtlinien.

Sie können Ihre Meinung zu tagesaktuellen Themen abgeben oder sich in den Community voran über unterschiedlichstes austauschen, was auch immer Sie gerade beschäftigt.

Egal, ob Sie aktiv posten oder Beiträge anderer bewerten.

Ihre Stimme findet anklang bei über 100.000 aktiven Userinnen und Usern.

Einfach bei dst.at-slash-forum anmelden und losreden.